

## **Doppelmord im VIP-Glücksspielbereich**

Mitte August geschah der erste Mord eines VIP-Saal-Betreibers seit zehn Jahren. Im November 1996 war der Betreiber eines VIP-Saals im Mandarin Oriental Hotel nahe der Grenzstation zu Zhuhai erschossen worden.

Die geschäftsführende Direktorin des Golden Palace VIP-Saals im Casino Lisboa, Chao Yeuk-hong (Spitzname „Sister Cat“), wurde mit ihrem Mann Lam Pou-sang, ebenfalls Manager im Golden Palace, erstochen in einem in der Provinz Guangdong zugelassenen Wagen bei einem Golfresort im nahegelegenen Zhuhai aufgefunden. Der Frau war die Kehle durchgeschnitten worden, ihr Mann, dem die Augen verbunden waren, hatte mehrere Stichwunden. Golden Palace gilt als der profitabelste VIP-Saal in Macau; er stellte mit nur sechs Tischen im Mai 2005 mit 700 Mio. US\$ den Monatsrekord im Jetonumsatz auf. Der Mindesteinsatz beträgt 10.000 MPtc, der Höchsteinsatz 2 Mio. MPtc. Zu den nicht ungefährlichen Aufgaben der Direktorin gehörte auch das Eintreiben besonders hoher Spielschulden.

Nach mehrwöchigen Untersuchungen präsentierte die Polizei von Zhuhai die abenteuerliche Lösung des Falls: Das Paar heuerte Mörder an, um sich umbringen zu lassen. Die Beiden seien hoffnungslos verschuldet gewesen und hätten geglaubt, wenn sie einen besonders schrecklichen Tod erlitten, würden die Gläubiger nicht die noch lebenden Familienmitglieder jagen, um die Gelder zurückzubekommen. Chao Yeukhong soll ihren Bruder beauftragt haben, ihre Mörder anzuheuern, obwohl sie wissen musste, dass

ihn möglicherweise die Todesstrafe erwartet. Alle Verdächtigen wurden festgenommen. ([www.blogmacau.info](http://www.blogmacau.info), 19., 22.8., 4., 14.9.06; SCMP, 20.8., 27.9.06)

## **Taiwan**

Hans-Wilm Schütte

### **Weitere Liberalisierung im Geschäftsverkehr mit China**

Das leichte Tauwetter im Verhältnis zwischen der VR China und Taiwan, das trotz unveränderter Grundpositionen seit einigen Monaten zu beobachten ist, setzte sich auch im Berichtszeitraum fort: Taiwan lockerte zwei bisherige Restriktionen.

Zum Ersten wird die maximale Zahl von 30 Festlandschinesen, die taiwanische bzw. in Taiwan aktive Firmen gleichzeitig auf die Insel bringen dürfen, angehoben; sie wird für multinationale Unternehmen nunmehr bei „einigen Hundert“ liegen. Anlass war ein Plan der US-Firma Microsoft, in Taiwan eine Tagung mit leitenden Angestellten der Region zu veranstalten; daran sollten auch 200 bis 300 chinesische Mitarbeiter vom Festland teilnehmen. Als Joseph Wu (Wu Zhaoxie), der Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen, die Liberalisierung Anfang August ankündigte, erklärte er, die bisherige Restriktion sei nicht mehr zeitgemäß und werde binnen eines Monats aufgehoben. Dies geschieht auch im Hinblick darauf, dass Taiwan spätestens ab Jahresende täglich bis zu 1.000 normale chinesische Touristen zur Einreise zulassen will. Seitens der Geschäftswelt waren die Restriktionen sowie

die langen Antragsverfahren für die Einreise festlandschinesischer Mitarbeiter bereits seit längerem kritisiert worden. Auch die amerikanische Handelskammer in Taipei hatte in ihrem letzten Weißbuch die geltenden Regelungen als für Taiwan selbst schädlich bemängelt und festgestellt, dass sie für Taiwan einen Standortnachteil bedeuten.

Zum Zweiten wird der Technologieexport auf das chinesische Festland ein wenig großzügiger gehandhabt. Davon profitieren Taiwans Halbleiterproduzenten, die nunmehr auch Siliziumscheiben der 0,18- $\mu\text{m}$ -Technik in China fertigen dürfen.

Unterdessen zeichnen sich weitere Öffnungsschritte ab. Vor allem gilt dies für den Tourismusbereich. So wurde Ende August die halboffizielle Vereinigung für Reise und Tourismus über die Taiwan-Straße (Taiwan Strait Tourism and Travel Association – Taiwan haixia liang'an guanguang lüyou xiehui) gegründet; ihre Aufgabe ist, mit der chinesischen Seite Regelungen für einen Taiwan-Besuch chinesischer Touristen zu vereinbaren, so dass diese – voraussichtlich ab Jahresende – nicht mehr wie bisher über ein Drittland reisen müssen. Der Staat und fünf Reiseveranstalter stifteten die Vereinigung mit einem Anfangskapital von 1 Mio. NT\$ (ca. 25.000 Euro) aus; sie nahm zum 1.10. ihren offiziellen Betrieb auf.

Eine weitere Maßnahme steht mit der Einführung direkter Reise- und Tourismusbeziehungen in engem Zusammenhang: Es wird ein Abkommen nötig werden, das den Devisenverkehr zwischen Taiwan und China regelt. Wie Joseph Wu Ende August mitteilte, wird eine solche Vereinbarung derzeit von Taiwans Zentralbank vorbereitet.

Zwar betonte Premierminister Su Tsengchang (Su Zhenchang) im August noch ausdrücklich, dass die Quote erhalten bleibe, wonach taiwanische Firmen maximal 40% ihrer Nettoinvestitionen auf dem Festland tätigen dürften, doch ist auch hierbei eine Lockerung nur noch eine Frage der Zeit. Dies ergibt sich schon aus Premierminister Sus Wortwahl, wonach es eine Änderung „nicht kurzfristig“ geben wird. Derzeit nimmt die Regierungspartei DPP zwar noch Rücksicht auf die Union für Taiwan-Solidarität TSU, die als ihre faktische Bündnispartnerin vehement Front gegen eine Anhebung der Quote macht, doch spricht sich die Geschäftswelt nachdrücklich für eine Liberalisierung in dieser für sie wichtigen Frage aus. Ohnehin sind im letzten Jahr bereits 71% der von Taiwan aus im Ausland getätigten Direktinvestitionen in die VR China geflossen.

Zu verdanken sind diese zwar noch relativ kleinen, doch stetigen Entspannungsschritte vor allem dem pragmatischen Ansatz des Ministerpräsidenten sowie der Tatsache, dass Taiwans skandalgeschwächter Präsident seine bisherige, rigidere Linie nicht mehr weiter verfolgt bzw. nicht mehr durchsetzen kann. Gleichzeitig könnte Su Tsengchangs „weichere“ China-Politik zu einer Annäherung an die Oppositionspartei KMT und damit zu einer Milderung jener Kluft beitragen, die das politische Taiwan in diesen Monaten stärker spaltet als je zuvor (vgl. C.a., 4/2006, S. 141-146). (SCMP, 1., 2.8.06; ST, 2.8.06; TT, 1., 28.8.06, FT, 2., 3.8.06; WSJ, 3., 25.8.06; CNAT, nach BBC PF, 2., 25., 27.8.06; *Zhongguo Shibao* online, 1.10.06)

## Korruptionsaffäre um Chen Shui-bian – nächster Akt

Taiwans Präsident Chen Shui-bian hatte sich auch im August und September 2006 weiterhin Korruptionsvorwürfen zu stellen, wobei sich das Zentrum des Interesses allerdings verschob. Während die Affäre um Einkaufsgutscheine seiner Frau – die sie aus Dank für politische Gefälligkeiten erhalten haben soll – dahinzog, Anfang Oktober jedoch von der Staatsanwaltschaft als substanzlos ad acta gelegt werden konnte, konkretisierte sich der Verdacht, dass Chen Shui-bian selbst mit einem halb geheimen Sonderfonds in nicht sachgerechter Weise umgegangen ist. Damit sieht sich der Präsident selbst konkreten Vorwürfen gegenüber, darunter der Anschuldigung, er habe staatliche Mittel veruntreut.

Zunächst aber noch einmal zu den Einkaufsgutscheinen. Hier kam Chen Shui-bians Frau Wu Shu-chen gewissermaßen mit einem blauen Auge davon, denn es ging bei dieser nach wie vor etwas mysteriösen Affäre keinesfalls alles mit rechten Dingen zu. Vielmehr erhob die Staatsanwaltschaft Anfang Oktober Klage gegen fünf darin verwickelte Personen. Tatsächlich waren einige der inkriminierten Gutscheine zu Wu Shu-chen gelangt, allerdings auf indirektem Weg; zudem trugen keine zwei dieser Gutscheine fortlaufende Nummern, waren also allem Anschein nach nicht en bloc ausgegeben worden mit dem Ziel, eine Gefälligkeit zu belohnen. Die Staatsanwaltschaft, die einige weitere Aspekte zur Entlastung der Präsidentengattin anführen konnte, geriet gleichwohl ins Kreuzfeuer der Opposition, die ihr Parteilichkeit vorwarf.

Wenn gegen Wu auch keine Anklage erhoben wird – unter anderem, weil sie keine Staatsbedienstete ist und der entsprechende Bestechlichkeitsparagraf für sie nicht gilt –, ist der politische Schaden jedoch bereits eingetreten. Dies gilt umso mehr, als sich Zusammenhänge andeuten mit dem anderen Teil der Affäre, der den Präsidenten direkt betrifft: sein Umgang mit einem Sonderfonds.

Dieser Fonds ist sozusagen eine Geheimekasse des Präsidenten, aus der er Ausgaben bestreitet, die mit Rücksicht auf den Empfänger und den Zweck nicht öffentlich gemacht werden sollen; vor allem geht es dabei um diplomatische Zwecke, also Zahlungen an ausländische Empfänger, die ungenannt bleiben müssen; in der Presse war daher auch von einer Schmiergeldkasse („slush fund“) die Rede. Im laufenden Jahr hat der Fonds ein Volumen von 48 Mio. NT\$ (ca. 1,2 Mio. Euro). Seit dem Jahr 1963, als der Sonderfonds erstmals eingerichtet wurde, wird dabei zwischen zwei Arten von Ausgaben unterschieden: zwischen echten Geheimausgaben, die nicht quittiert werden, und anderen Ausgaben, die der Präsident nachweisen muss. Nachdem der Rechnungshof bereits im Juli festgestellt hatte, dass die Quittungen der letztgenannten Ausgabenkategorie vielfach nicht den Vorschriften entsprechen und dass 36 Mio. NT\$ ohne Verwendungsnachweis gezahlt wurden, besteht der Verdacht, dass der Präsident einen Teil dieser Gelder in die eigene Tasche gesteckt haben könne.

Eine solche Veruntreuung von Staatsfinanzen bestreitet Chen Shui-bian nach wie vor energisch. Allerdings musste er einräu-

men, dass teilweise falsche Quittungen verwendet wurden, und bereits zuvor hatte seine Frau Wu Shu-chen zugeben müssen, ihm bei der Beschaffung von Quittungen über Ausgaben aus der Geheimkasse geholfen zu haben. Die Affäre ist nun auch nicht mehr Sache des Rechnungshofs, sondern der Staatsanwaltschaft, die den Präsidenten selbst am 7. August dazu befragte.

Die Staatsanwaltschaft will ihre Untersuchungen bis Ende Oktober abgeschlossen haben. Selbst wenn dem Präsidenten am Ende keine justitiablen Vergehen vorgeworfen werden können – womit wohl zu rechnen ist –, ist kaum mehr zu erkennen, wie Chen Shui-bian sich von dem Ruch, Gelder veruntreut zu haben, befreien könnte, denn dass er viel zu lax mit der Kasse umgegangen ist, steht schon jetzt fest. Zwar wies Chen darauf hin, dass er den Sonderfonds nicht anders gehandhabt habe als seine Amtsvorgänger, aber dies entlastet ihn kaum, denn die Usancen zur Zeit der Diktatur können schwerlich sein Maßstab sein. Erst jetzt, nachdem das Kind sozusagen in den Brunnen gefallen ist, wurden für den Umgang mit der „schwarzen Kasse“ im September neue Regeln eingeführt, die in Zukunft für mehr Transparenz sorgen sollen. Dies wird allerdings den Präsidenten nicht mehr retten. Korruption wird ihm bis zum Ende seiner Amtszeit wohl auch weiterhin vorgeworfen werden können, wann immer das Ende der Amtszeit eintreten mag – sei es regulär im Frühjahr 2008, sei es vorzeitig noch vor Ende 2006. Der Stuhl des Präsidenten ist im Berichtszeitraum jedenfalls noch wackliger geworden als bisher, und immer weniger Taiwaner vertrauen ihrem Staats-

oberhaupt. Bereits Anfang August glaubten laut einer Umfrage nur noch 18% der Taiwaner Chens Erklärungen zum Umgang mit dem Sonderfonds, 62% glaubten ihm nicht. Selbst unter den Anhängern seiner Partei, der DPP, mochten 26% ihm seine Erklärungen nicht abnehmen. Dass ihn mehr als die Hälfte der DPP-Anhänger weiterhin unterstützt, ist ein Indiz für die politische Kluft, die Taiwan spaltet, und solange seine Partei ihn nicht fallen lässt, wird er wohl auch im Amt bleiben – dem Rat einiger Experten zum Trotz, die erkannt haben, dass die DPP mit diesem Präsidenten ihre eigene Zukunft gefährdet. (CNAT, nach BBC PF, 31.7., 2.8.06; TT, 2., 4., 13.8., 3.9., 3.10.06; www.etaiwannews.com, 4.10.06; WSJ, 14.8., 5.9.06; ST, 6., 7.9.06; SCMP, 7., 8.9.06)

## Großdemonstrationen fordern Rücktritt von Präsident Chen

Die Kluft zwischen dem „grünen“ Lager der Regierungspartei und Taiwans Präsidenten Chen Shui-bian einerseits und dem „blauen“ Oppositionslager der Parteien KMT und PFP tat sich im August und September 2006 so weit auf wie seit der Präsidentschaftswahl 2004 nicht mehr. Anlass sind die Skandale um den Präsidenten und seine Familie. Nachdem die Opposition mit der Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens scheiterte (vgl. C.a., 4/2006, S. 141ff.), formiert sich der Unmut nun in großem Stil auf der Straße.

Enttäuscht vom Präsidenten sind besonders einige namhafte ehemalige Weggefährten. Einer von ihnen, der ehemalige DPP-Vorsitzende Shih Ming-te (Shi Ming-

de), Jahrgang 1941, setzte sich im August an die Spitze der Anti-Chen-Bewegung.

Es begann mit einem offenen Brief an den Präsidenten, datiert vom 7.8., in dem Shih, in den 1970er und 80er Jahren eine der Hauptsäulen der Demokratiebewegung, an die alten Zeiten des gemeinsamen Kampfes erinnert – in der „Sentimentalität alter Revolutionäre“ ([www.peacehall.com/news/gb/taiwan/2006/08/200608100455.shtml](http://www.peacehall.com/news/gb/taiwan/2006/08/200608100455.shtml); engl.: [www.zonaeuropa.com/20060811\\_1.htm](http://www.zonaeuropa.com/20060811_1.htm)). Darin wirft er seinem einstigen Mitkämpfer vor, nicht mehr auf Kritik zu hören, sich mit Günstlingen umgeben zu haben, und bittet ihn, zurückzutreten.

Zum verbindlich-freundschaftlichen Ton des Schreibens standen die folgenden Aktionen in großem Gegensatz. Shih brachte zunächst eine Kampagne auf den Weg mit der Parole: „Jeder 100 NT\$“: Jeder, der Chens Rücktritt wolle, solle 100 NT\$ (ca. 2,5 Euro) spenden, um die Kosten einer massenhaften Sitzblockade vor dem Präsidentenpalast zu finanzieren (Verpflegung, Säuberung, Lautsprecher, Toiletten); Ziel sei es, eine Million Spender zu mobilisieren. Kurz darauf kündigte KMT-Vorsitzender Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) an, seine Partei werde Shihs Kampagne unterstützen – die KMT selbst initiierte bereits eine Unterschriftenaktion, bei der bis Anfang August 2,3 Mio. Taiwaner die Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten unterzeichnet hatten. Ma und Shih trafen sich bald darauf, doch blieb die KMT-Unterstützung für Shih in der Folge eher flau.

Tatsächlich waren die Reaktionen auf Shihs Aufruf überwältigend. Bereits acht Tage später gaben die Organisatoren bekannt,

Spenden in Höhe von 103 Mio. NT\$ seien eingegangen. Am 18.8. stellten sie einen Antrag auf ein Dauer-Sit-in vom 23.8. bis 17.9. Später wurde der Beginn verschoben und im Hinblick auf eine Auslandsreise des Präsidenten auf den 9.9. festgelegt, wobei die Aktion so lange fortgeführt werden sollte, bis Präsident Chen zurücktrete.

Zudem wurde Ende August das Motto der Kampagne geändert: von „Anti-Chen“ auf „Antikorruption“ – zuvor hatte ein Aktivist einen Fernsehkommentator tätlich angegriffen, und die Zustimmungquote in der Bevölkerung zur Kampagne war von anfangs 47% auf 42% gefallen.

Nach zwei „Probelaufen“ – abendlichen Sit-ins in kleinerem Rahmen – ging es am 9.9. richtig los. Nach Polizeiangaben versammelten sich am Präsidentenpalast rund 100.000 Protestierer. Die meisten trugen Rot – die Farbe war von nun an ein Symbol der Bewegung. Auch in den folgenden Tagen und Nächten riss die Sitzdemonstration nicht ab, und der 15.9. brachte einen neuen Höhepunkt mit 360.000 Teilnehmern. Tags darauf veranstaltete das Pro-Chen-Lager eine Gegendemonstration mit 60.000 Teilnehmern. Größere Zusammenstöße zwischen den Lagern konnten vermieden werden.

Weniger friedlich ging es in Tainan und Kaohsiung zu, wo sich Demonstranten und Gegendemonstranten mit Steinen und Flaschen bewarfen und DPP-Anhänger das rote Auto einer Frau demolierten, die auf dem Weg zur Anti-Chen-Demo war. Es gab etliche Verletzte. Der Polizeichef von Tainan bot seinen Rücktritt an. Sowohl Premierminister Su Tseng-chang (DPP) als auch Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (KMT) rie-

fen beide Seiten zur Mäßigung auf. Ende September brach Shi Ming-te mit seinen Anhängern zu einer Protestreise rund um die Insel auf.

Ob die Anti-Chen-Aktion, die sich nun „1 Million Stimmen gegen Korruption“ tituliert, mit der Umdefinition ihres Ziels an Glaubwürdigkeit gewonnen hat, ist freilich zu bezweifeln, denn gegenüber dem Korruptionssumpf, in dem die KMT einst steckte und von dem sie sich noch immer nicht befreit hat, ist das, was Chen Shui-bian zur Last gelegt wird, vernachlässigbar. Die Kluft in Taiwans politischer Landschaft sorgt allerdings bei allen Chen-Shui-bian-Gegnern für genügend Leidenschaft, so dass die Bewegung möglicherweise nicht so schnell abebbt, wie seitens der DPP anfangs erhofft und von Experten erwartet. Nächstes Etappenziel ist eine Großdemonstration am Nationalfeiertag, dem 10. Oktober. (ST, 10., 18., 23., 29., 30.8., 10., 16., 17.9.06; TT, 10., 12., 18., 19., 26., 27.8., 2., 4., 11., 17., 18., 20.9.06; WSJ, 12.9.06; SCMP, 23., 27.8., 10., 20.9.06)

### **Anti-Chen-Proteste: Publizität für Zwielfichtige und Gescheiterte**

Der Kampf gegen Korruption ist zweifellos eine ehrenwerte Sache; zudem ist das Unbehagen an den Skandalen rund um den Präsidenten weit verbreitet, wie die Umfragen zeigen. Sowohl der Presserummel, in dem aufgeregt jede neuerliche Anschuldigung hochgekocht wird, auch wenn sie jeder Faktenbasis entbehrt, als auch die außerordentliche Woge öffentlicher Demonstrationen und Sitzblockaden lässt allerdings als

treibende Kräfte nicht nur edle Motive erkennen. Auffallenderweise fehlen bei den Protesten die anerkannten Namen wie Lee Yuan-tseh (Li Yuanzhe, parteiunabhängiger Präsident der Academia Sinica, der Taiwan mehrfach auf internationalem Parkett vertrat), Lee Teng-hui (Li Denghui, Präsident Chens Amtsvorgänger und einstiger politischer Gegner), oder Wang Jin-pyng (Wang Jinping, Parlamentspräsident und Mitglied der oppositionellen KMT). Selbst Oppositionsführer Ma Ying-jeou zeigte sich eher zurückhaltend. Er steckt mit seiner Doppelfunktion als Bürgermeister von Taipei und KMT-Vorsitzender in einer Zwickmühle: Als Bürgermeister muss er für die öffentliche Ordnung sorgen und darf nicht zulassen, dass das Leben und Handeln in der Hauptstadt in Mitleidenschaft gezogen wird, obwohl er als Oppositionsführer mit den Protestierern an einem Strang ziehen sollte. Zwar erlaubte er Sitzblockaden rund um die Uhr – bisher war bei Protestaktionen vor dem Präsidentenpalast stets um 22 Uhr Schluss –, doch erklärte er, für Krawalle gebe es keine Toleranz.

Dagegen sind die Hauptakteure entweder abgehalfterte Politiker, die ihre Glanzzeit längst hinter sich haben, oder zwielfichtige Gestalten mit teils krimineller Vita oder andere Personen, denen es weniger um Politik als um ihre eigene Publizität geht:

Shih Ming-te, Initiator der Sitzblockaden, war von 1993 bis 1996 DPP-Vorsitzender; er verlor die DPP-Mitgliedschaft im Jahr 2000. Als unabhängiger Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Kaohsiung erzielte er im Jahr 2002 1,1% der Stimmen; seitdem spielte er politisch keine Rolle mehr.

Hsü Hsin-liang (Xu Xinliang), der mit seinem Demokratischen Aktionsbündnis (Minzhu xingdong lianmeng) eigene Anti-Chen-Proteste veranstaltet, war zweimal DPP-Vorsitzender und verließ später die Partei. Als er im Jahr 2000 für das Präsidentenamt kandidierte, erzielte er 0,6% der Stimmen. Auch er spielt seither politisch keine Rolle mehr.

James Soong (Song Chuyu), Vorkämpfer des Anti-Chen-Kurses im Parlament, war einst Generalsekretär der KMT. Mit seiner im Jahr 2000 gegründeten People First Party, deren Vorsitzender er ist, verzeichnete er seit dem Einstandserfolg (2001: 18,6% der Stimmen) nur noch Stimmenverluste (letzte Wahlen im Dez. 2005: unter 4%). Soong scheiterte zweimal bei Präsidentschaftswahlen (2000 und 2004). Mitte August wurde er auf Zahlung von 26,4 Mio. NT\$ (ca. 670 000 Euro) wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

Chiu Yi, KMT-Abgeordneter und einer der schärfsten Chen-Kritiker, der sich immer wieder mit teils zutreffenden, teils so verleumderischen wie haltlosen Vorwürfen gegen den Präsidenten hervortat und so der Skandalpresse immer wieder Munition lieferte, wurde Mitte August zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt: Beim Protest gegen das Ergebnis der Präsidentenwahl 2004 hatte er versucht, gewaltsam in ein Gerichtsgebäude einzudringen.

Wang Li-ping, Ex-DPP-Mitglied und anfangs Organisatorin von Shih Ming-tes Kampagne, trat Ende September zurück, als bekannt wurde, dass sie wegen Vorteilmahme zu sieben Monaten Gefängnis und weiteren zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden war.

Zu den weiteren Personen, die sich mit angeblichen Beweisen und Spekulationen hinsichtlich illegaler Machenschaften im Hause Chen Shui-bian hervortaten, zählen eine Modistin namens Liji Lee (Li Huifen) und die Talkshow-Gastgeberin Sisy Chen (Chen Wenxi), die schon beim Attentat auf Chen Shui-bian im März 2004 mit Verschwörungstheorien rasch bei der Hand war.

Auch andere Kreise nutzen die Proteste für eigene Publizitätszwecke. So zogen im August über 50 Prostituierte und Unterstützer vor den Präsidentenpalast und forderten den Rücktritt Chen Shui-bians, freilich nicht wegen dessen (angeblicher) Bestechlichkeit, sondern weil er mit der Abschaffung der öffentlichen registrierten Prostitution ihre Arbeitsrechte geschmälert habe. Das ist freilich rund zehn Jahre her – damals war Chen Shui-bian Bürgermeister von Taipei.

Gegen die Ernsthaftigkeit der genannten Akteure spricht auch, dass keiner von ihnen ein tieferes Demokratieverständnis erkennen lässt. Insbesondere verharrt Shih Ming-te noch in populistischer Revolutionsromantik. Er glaubt, die Sitzblockade sei „ein wichtiger Meilenstein in Taiwans Geschichte“. Sie werde zeigen, dass „des Volkes Macht einen Führer stürzen kann, der nicht länger zur Regierung taugt“ – als gäbe es heute nicht andere Mechanismen. Zudem setzte er die Pro-Chen-Gegendemonstrationen mit organisierten Aufmärschen unter Mussolini und Hitler gleich. Die Behauptung, Chen Shui-bian, der im Parlament nicht einmal die Stimmenmehrheit hat, sei ein Diktator, hatte bei der letzten Präsidentenwahl (davor und danach) schon das „blaue“ Oppositionslager verbreitet. Taiwans Demokratie, ohne-

hin von schwächerer Konstitution, wird von den Anti-Chen-Aktionisten im Verein mit skandalgierigen Medien derzeit eher in Richtung Delirium gedrängt. (TT, 16., 18., 19., 22., 27., 31.8., 8., 15., 24.9.06; China Post, nach BBC PF, 24.8.06; CNAT, nach BBC PF, 24.8.06; ST, 29.8., 26.9.06; WSJ, 21.9.06; SCMP, 25.9.06)

## Taiwaner lehnen politische Lagerbildung ab

Die Großdemonstrationen der letzten Zeit und die politische Lagerbildung trifft in der Bevölkerung auf große Ablehnung. Bei einer vom 11. bis 19.9. durchgeführten Umfrage unter 1.253 Lohnabhängigen äußerten sich 86% unzufrieden mit der politisch-ideologischen Kluft, die Taiwan spaltet. Nur 3,7% fanden sie gut. 60% sahen die gesellschaftliche Stabilität durch die Protestaktionen beeinträchtigt. Frauen empfinden dies stärker als Männer und Hochschulabsolventen stärker als Personen mit niedrigerem Bildungsgrad. 51% aller Befragten lehnten es ab, an einer der Pro- oder Anti-Chen-Aktionen teilzunehmen, nur 15,4% waren zur Teilnahme entschlossen. Die Bereitschaft dazu war bei Männern größer als bei Frauen, und Akademiker waren in dieser Minderheit deutlich überrepräsentiert. Viele der Befragten äußerten sich enttäuscht darüber, dass die Medien kaum noch über etwas anderes als die Proteste und Skandale berichteten.

Die Umfrageergebnisse bestätigen zwei bekannte Tatsachen: Die Mehrheit der Taiwaner hat von Politik – und speziell von den politischen Verhältnissen im eigenen Lande – ein sehr schlechte Meinung und

mag den Streit zwischen den Lagern nicht mehr hören. Und die große Mehrheit der Bürger ist der politischen Mitte zuzurechnen, die von beiden Lagern – und besonders von den Scharfmachern auf beiden Seiten – vernachlässigt wird. Welchem Politiker es gelingen wird, die politisch-ideologische Kluft zu überwinden, kann sich daher eines überragenden Wahlerfolgs sicher sein. (TT, 24.9.2006)

## Abbruch der Beziehungen mit dem Tschad

Taiwan verlor Anfang August mit der afrikanischen Republik Tschad einen weiteren Verbündeten. Der Vorgang war dieses Mal für Taiwan besonders erniedrigend, da der Tschad die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China nur wenige Stunden vor einer Tschad-Reise von Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhen-chang) ankündigte (vgl. auch die Dokumentation in der Rubrik 'Außenpolitik'). In Taiwan wurde der VR China die Schuld an der Malaise gegeben. Im Tschad herrscht Bürgerkrieg, zudem leidet das Land unter der Darfur-Krise im benachbarten Sudan und den dadurch ausgelösten Flüchtlingsströmen. Die VR China als vetoberechtigtes Mitglied im UN-Sicherheitsrat kann der Tschad zur Lösung dieser für das Land existenziellen Fragen nicht übergehen. Taiwans Außenminister James Huang (Huang Zhifang) zufolge schrieb Tschads Präsident Deby an seinen taiwanischen Amtskollegen Chen Shui-bian, es gehe um das Überleben seines Landes. China habe sich verpflichtet, die Rebellen im Lande nicht mehr zu unterstützen,

wenn der Tschad Taiwan die Anerkennung entziehe.

Tatsächlich gab es schon längere Zeit Spekulationen, dass der Tschad Taiwan untreu werden könnte. Im Jahr 2003 hatte der Tschad mit der taiwanischen Chinese Petroleum Corporation (CPC) ein Ölexplorationsabkommen geschlossen, aber zunächst nicht unterzeichnet. In Kraft treten konnte der Vertrag, der eine CPC-Beteiligung von 25% vorsieht, erst im Januar 2006, nachdem die CPC im Tschad eine Repräsentanz eröffnet und dem Gastland 3,8 Mio. US\$ gespendet hatte. Taiwan leistete darüber hinaus Entwicklungshilfe im Tschad, und zwar im Gesundheitswesen sowie durch ein Team von Landwirtschaftsexperten.

Premierminister Sus Besuch sollte anlässlich des Beginns der neuen Amtszeit von Präsident Deby erfolgen, wobei gleichzeitig Beijinger Avancen vorgebeugt werden sollte, war für August doch bereits der offizielle Besuch der chinesischen Handelskammer in Tschads Hauptstadt N'Djamena angesagt. Außenminister James Huang war zuletzt im Juli in N'Djamena gewesen.

Nach dem Ende der Beziehungen kündigte das Außenministerium in Taipei an, alle Hilfen an den Tschad einzustellen und alle dort arbeitenden 22 Experten samt Angehörigen zurückzuholen. Die CPC wird dort jedoch vertragsgemäß weiterhin aktiv bleiben.

Damit reduziert sich die Zahl der Staaten, die Taiwan anerkennen, auf 24, davon noch fünf in Afrika.

Die Opposition mäkelte in Taipei pflichtgemäß, das Außenministerium habe den Verlust des Alliierten durch mangelnde Profes-

sionalität selbst verschuldet. Wie schon bei den letzten vergleichbaren Fällen sitzt Beijing jedoch am längeren Hebel, der auch durch noch so große Diplomatenkunst auf taiwanischer Seite nicht verkürzt werden kann. Zudem kann Beijing heute die gleiche oder größere Finanzhilfen geben als Taipei. (TT, 1., 7., 8.8.06; CNAT, nach BBC PF, 5., 7.8.06; Radio France International, nach BBC PF, 6.8.06; WSJ, 6.8.06; ST, 7.8.06)

## Wechsel im Amt des Wirtschaftsministers

Anfang August 2006 gab Morgan Hwang (Huang Yingshan) das Amt des Wirtschaftsministers an seinen bisherigen Stellvertreter Steve Chen Ruey-long (Chen Ruilong) ab. Hwang hatte die Stelle erst seit Januar innegehabt. Er war mit seiner Amtsführung bei der Opposition heftig in die Kritik geraten. Jetzt nannte er gesundheitliche Gründe für seinen Rücktritt, erklärte gegenüber der Presse aber auch, er sei sich in dem Amt vorgekommen wie eine Schraube an falscher Stelle in der Maschinerie. Sein Nachfolger Steve Chen, seit langem im Wirtschaftsministerium tätig, gilt als Fachmann für internationale Handelsbeziehungen. Er versprach, der taiwanischen Geschäftswelt ein günstiges Umfeld zu verschaffen.

Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) nahm gleichzeitig Umbesetzungen in der Leitung der Finanzaufsicht und der taiwanischen Börse vor.

Die Neubesetzungen bedeuten eine weitere Stärkung der Position des Ministerpräsidenten, nachdem Präsident Chen ihm einen Teil seiner Macht übertragen hat (vgl. C.a.,

4/2006, S. 141). Im gleichen Sinne hatte es bereits Ende Juni einen Wechsel im Amt des Finanzministers gegeben (vgl. C.a., 4/2006, S. 149). Nachdem Präsident Chen durch die Affären in seinem eigenen Haus erheblich geschwächt worden ist, profiliert sich Su Tseng-chang nun immer deutlicher als neuer starker Mann. (WSJ, 3.8.06; CNAT, nach BBC PF, 4.8.06; SCMP, 4., 5.8.06; TT, 5.8.06)

### Taiwans Wettbewerbsfähigkeit sinkt

Gemäß der aktuellen Einstufung durch das Weltwirtschaftsforum in Davos hat Taiwan im internationalen Vergleich gegenüber 2005 an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt: Das Land rutschte von Platz 8 (unter 117 Nationen) auf Platz 13 (unter 125 Nationen) – hinter Deutschland (jetzt Platz 8), den Niederlanden, Großbritannien, Hongkong und Norwegen. Im Bericht heißt es dazu, Taiwan wahre ein hohes Effizienzniveau und sei ein Hort der Innovation – pro Kopf der Bevölkerung werden nur in den USA und Japan mehr Patente angemeldet. Stark sei Taiwan auch nach wie vor in Erziehung und Berufsausbildung, worin es weltweit Rang 7 belege. Dagegen lasse die institutionelle Infrastruktur – die staatliche Verwaltung also – zu wünschen übrig.

Die Kritik trifft den Kern: Das Gegenüber von Regierung und Oppositionsmehrheit im Parlament hemmt und verhindert nötige Reformen nun schon seit Jahren, und seit dem Herbst 2005, als die ersten Skandale den Präsidentenpalast erreichten, ist dieses Problem noch schlim-

mer geworden. Zudem verschleppt Taiwan die nach Ansicht aller Wirtschaftsexperten nötige Öffnung gegenüber China. (TT, 27.9.06; World Economic Forum: World Competitiveness Report 2006-2007, <http://www.weforum.org/en/index.htm>, [www.weforum.org/en/fp/gcr\\_2006-07\\_highlights/index.htm](http://www.weforum.org/en/fp/gcr_2006-07_highlights/index.htm))

### Neue Zahlen zum demografischen Wandel

Die Bereitschaft der Taiwaner, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen, ist weiter rückläufig. Wie eine Anfang August 2006 veröffentlichte, im September 2005 durchgeführte Umfrage ergab, stellen sich mittlerweile 30% aller Taiwaner im Alter von 20 bis 39 Jahren darauf ein, ledig zu bleiben. 36% aller befragten Männer nannten wirtschaftliche Gründe als Hauptmotiv; dies war die größte Gruppe. 22% der Frauen sagten, sie hingen an ihrem Singlestatus. Andere Motive waren die Überzeugung, ein zölibatäres Leben sei richtig, oder die Ansicht, der richtige Partner sei noch nicht gefunden worden. Tatsächlich gaben 58,2% der Befragten an, sie könnten sich eine Heirat mit einem geeigneten Partner vorstellen. Ein Jahr zuvor hatte dieser Wert noch bei 61,5% gelegen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil derer, die überhaupt nicht heiraten wollten, von 16 auf 24,5%.

Auch die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, sinkt weiter. Letztes Jahr lag die Geburtenrate nur noch bei 1,12%, 0,06 Prozentpunkte niedriger als 2004 oder 0,7 Prozentpunkte unter dem Wert von 1995. Da geburtenstärkere Jahrgänge in der nächs-

ten Zeit noch ins Heiratsalter kommen, wächst die Bevölkerung allerdings noch an; für 2017 wird dann eine Stagnation und danach ein Rückgang prognostiziert. Damit scheint neuesten Rechnungen zufolge ein Ende des Bevölkerungswachstums bereits deutlich früher einzutreten, als bisher angenommen wurde: Noch Anfang des Jahres war von rund 30 Jahren die Rede gewesen (vgl. C.a., 2/2006, S. 167).

Der Geburtenrückgang ist schon seit längerem ein Thema (vgl. C.a., 6/2004, Ü 32). Bislang wurden Maßnahmen zur Geburtenförderung (Kindergeld, Geburtenprämien etc.) allerdings vorwiegend auf kommunaler Ebene ergriffen. Eine Konferenz zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in Taiwan verlangte jedoch im Juli, dass die Regierung zentrale Maßnahmen ergreifen müsse. Der Rat für Wirtschaftsplanung und -entwicklung bereitet nun die finanzielle Förderung von Mutterschaftsurlaub sowie qualitativ hochwertige Betreuungsangebote für die Kinder von Karrierefrauen vor. Gleichzeitig muss sich Taiwan stärker auf die wachsende Überalterung der Gesellschaft einstellen, wie das Statistik- und Rechnungsamt (DGBAS) im August betonte. Dieser demografische Wandel wird einhergehen mit einer veränderten Einstellung: In Zukunft werden alte Menschen stärker von sozialen Sicherungssystem abhängig sein, während die Unterstützung durch Nachkommen und Verwandte schwindet. Einen dramatischen Wandel auf diesem Gebiet erwartet das DGBAS jedoch erst ab dem Jahr 2030.

Während das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes insgesamt steigt und jetzt 27,7 Jahre beträgt

(1995: 26,1), weist Taiwan allerdings eine besonders hohe Geburtenrate bei Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren auf – die höchste unter den Staaten im Asien-Pazifik-Raum, wie der Taipeier Verein zur Förderung der Frauenrechte mitteilte. Als Grund nannte der Verein Mängel im Sexualkundeunterricht. Vielen Lehrern sei es peinlich, gegenüber Schülern über Sex und über Gleichstellungsfragen zu sprechen, und sie drückten sich nur unklar aus. (TT, 1., 14., 28.8.06)

### **Wachstumsziele für fünf „Billion-Dollar-Industrien“**

In fünf Bereichen soll die taiwanische Industrie bis 2009 einen Produktionswert von mindestens einer Billion NT\$ (ca. 25 Mrd. Euro) erzielen, wie die Regierung Ende August bekannt gab. Bei diesen „Eine-Billion-Dollar-Industrien“ handelt sich um:

1. die Flachbildschirmproduktion. Hier betrug der Produktionswert im Jahr 2005 bereits eine Billion NT\$; er soll bis 2009 auf 1,6 Billionen steigen;
2. die Halbleiterindustrie. Hier wird von 2005 bis 2009 eine Steigerung von 1,1 auf 2,0 Billionen NT\$ avisiert;
3. der Maschinenbau; hier geht es im selben Zeitraum um eine Steigerung von 0,65 auf 1,1 Billionen NT\$;
4. die Petrochemie; hier lauten die entsprechenden Zahlen 0,67 bzw. 1,5 Billionen NT\$;
5. die Eisen- und Stahlbranche; hier lautet der Zielwert für 2009 eine Billion NT\$.

Dagegen wurde ein entsprechendes Ziel für die Telekommunikationsbranche aufgege-

ben, da zu große Teile der Fertigung inzwischen nach China verlagert wurden.

Um bei den fünf genannten Bereichen die Zielwerte zu erreichen, sind große Entwicklungsanstrengungen und umfangreiche Investitionen in neue Produktionsanlagen nötig. Im Falle des Maschinenbaus werden Innovationen durch Kombinationen mit der Hochtechnologie angestrebt. Dazu werden in Zentraltaiwan Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für Präzisionsmaschinenbau und Nanotechnik geschaffen bzw. ausgebaut. Für Flachbildschirme wird der Bau von sechs neuen Fabriken vorgesehen. In der Halbleiterbranche sollen in acht neuen Werken 30-cm-Siliziumscheiben gefertigt werden. Behält die taiwanische Industrie ihre derzeitige Investitionsdynamik bei, erscheint die Erreichbarkeit der gesteckten Ziele durchaus realistisch. (NfA, 12.9.06, S. 7; [www.bfai.de](http://www.bfai.de), 11.9.06)